Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 51. Freitag, 1. März 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kelloggpakt und Kriegsrüstung.

Obwohl die Politiker der verschiedensten Richtungen darüber einig sind, daß man an die Politik des Staatsmannes nicht den Maßstab privater Moral legen darf, wird das Zusammenfallen der Unterzeichnung des Kelloggpaktes mit der Bewilligung von Kriegsrüstungen nicht nur in Amerika, sondern auch in Frankreich und England, als ein Widerspruch empfunden, der zur Stellungnahme herausfordert. In Deutschland aber muß dieser Widerspruch umso aufrüttelnder wirken, weil Deutschland durch den Versailler Vertrag zur Abrüstung gezwungen wurde und die offizielle Politik sich auf den Abrüstungs- und Friedensgedanken eingestellt hat. Die Tatsache, daß in der ganzen Welt in der gleichen Weise wie vor dem Weltkriege gerüstet wird und daß insbesondere die Unterzeichner des Kelloggpaktes eine forsche Rüstungspolitik betreiben, muß den Eindruck hervorrufen, als wenn der Friedensgedanke eine reine Ideologie, eine Festrednerdekoration, der Machtgedanke aber allein für die Wirklichkeit bestimmend sei. Lord Cecil hat ausgerechnet, daß sich innerhalb der letzten 12 Monate die Rüstungsausgaben der europäischen Mächte allein um 33⅓ Prozent gesteigert haben. Dieselben Parlamente, die den Kelloggpakt genehmigen, bewilligen aber große Summen für verstärkte Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Wenn man nun gar noch den Anreger des Kelloggpaktes selbst, Coolidge, erklären hört, daß diejenigen Länder, die ihre Verteidigung ernsthaft organisieren, am besten dazu beitragen, den Frieden aufrechtzuerhalten, so scheint sich durch den Weltkrieg nichts verändert zu haben. Denn jede Rüstung wurde vor dem Kriege nach dem bekannten Zitat: „Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg" in genau der gleichen Weise begründet. Ist dies nun Zynismus, und ist der Kriegsächtungspakt nur eine Geste, die Kriegsrüstung aber die Praxis, die allein für die geschichtliche Wirklichkeit Bedeutung hat? Fast möchte man es glauben. Und doch muß man wieder an diesem Glauben irre werden, wenn man sieht, mit welchem Aufwand sich heute die Zusammenkünfte der verantwortlichen Staatsmänner, internationale Konferenzen und Tagungen um den Friedensgedanken bemühen, während vor dem Kriege die Friedensdebatten nur den Gegenstand von Unterhaltungen mehr oder weniger privater, mehr oder weniger unverantwortlicher Kreise bildeten. Ein Kriegsächtungspakt wäre vor dem Kriege einfach eine politische Unmöglichkeit gewesen. Es scheint also, daß das Erlebnis des Weltkrieges doch nicht ohne Wirkung geblieben ist.

In der Tat ist die Sehnsucht nach Friedenssicherung nie so stark gewesen wie heute. Die Sorge um den Frieden ist die treibende Kraft in der heutigen hohen Politik. Aber diese Kraft wirkt nach zwei Richtungen. Einmal treibt sie diejenigen, die erst recht Rüstungen fordern, aber auch diejenigen, die erst recht Abrüstung verlangen. So hat der Weltkrieg die Gegensätze innerhalb der Nationen verstärkt. Abrüstungsfreunde stehen gegen Rüstungspolitiker. Der Zwiespalt geht durch alle Weltmächte. Es ist ein ungeheurer Kampf, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Dieser Kampf spiegelt sich auch in der geschichtlichen Wirklichkeit wieder. Es ist nicht so, wie vielfach gedeutet wird, daß allein der Rüstungsgedanke ein politischer Faktor ist, auch der Abrüstungsgedanke ist ein politischer Faktor von größter praktischer Bedeutung. Wenn man anerkennt, daß nicht nur, wie es die marxistische Geschichtsauffassung wahrhaben will, die wirtschaftlichen Verhältnisse den Lauf der Geschichte bestimmen, sondern daß das politische Leben auch durch geistige Kräfte aufs stärkste beeinflußt und geformt wird, dann kann man den Willen, durch Abrüstung, Schiedsgerichtsverträge und Minderheitenschutz den Frieden zu sichern, nicht als geschichtlich belanglos abtun. Man muß sich auch darüber klar sein, daß in der heutigen Zeit des Parlamentarismus geistige Strömungen eine Auswirkung von noch nie dagewesener Stärke haben. Der Kelloggpakt ist nicht weniger eine politische Realität wie irgendein Rüstungspakt. Die Tatsache seiner Existenz, die Tatsache der Infamierung des Krieges schafft nicht nur bei den verantwortlichen Politikern, sondern vor allem in den Massen eine ganz bestimmte Vorstellung, mit der in Zukunft gerechnet werden muß. Auch die Kriegspolitik schätzt derartige Vorstellungen als politische Fakta ein, so z. B. die Vorstellung, daß irgendeine Nation der Erbfeind sei. Solche Stimmungen sind wie eine Dynamitmasse, es braucht nur die Zündschnur angelegt zu werden, und sie entwickelt eine Kraft, die sich über alle Verstandes- und Nützlichkeitserwägungen hinwegsetzt. Ebenso ist es mit dem Kriegsächtungsgedanken. Es handelt sich also um den Kampf zweier gleich bedeutungsvoller Kräfte. Im Ziel sind sie sich einig, beide erstreben den Frieden, aber im Weg sind sie verschieden. Die eine Partei fordert erst Abrüstung, die andere erst Sicherung, beide Parteien setzen sich politisch durch und schaffen politische Tatsachen. Auf diese Weise kommen derartig sich scheinbar widersprechende Ereignisse wie Kelloggpakt und Aufrüstung zustande. Weil Rüstungen und Friedenswille heute politische Faktoren sind, sind sie beide Mittel der Politik. Beide sind miteinander verträglich, solange die Rüstungspolitik tatsächlich nur zur Friedenssicherung dient, sie kann dann in demselben Tempo, mit dem sich der Friedenswille in Sicherungen auswirkt, abgebaut werden. Solche Auswirkungen werden folgen. Die Diskussion hierüber wird nicht ruhen. Dieses schrittweise und bedächtige Vorgehen der Mächte, gerüstet und gleichzeitig arbeitend an der Befriedung Europas wirkt nicht gerade heroisch, aber ist durchaus möglich. Unerträglich jedoch ist es, wenn die Siegermächte Deutschland nicht die gleichen Bedingungen einräumen. Nicht daß gleichzeitig gerüstet wird und Abrüstungskonferenzen abgehalten werden, muß in Deutschland aufreizend wirken, sondern die Tatsache, daß Deutschland unter Sonderrecht gestellt bleibt. Deshalb muß Deutschland die Rolle des Vorkämpfers für die allgemeine Abrüstung übernehmen, denn nur dann, wenn gleichmäßig abgerüstet ist, hat es seine Gleichberechtigung und seine Sicherung wiederhergestellt. Die Aussichten für einen schnellen Erfolg sind sicher nicht günstig, doch die Aussichten auf einen endgültigen Erfolg sind gut, denn der Gedanke der Befriedung der Welt, oder vorerst Europas ist mit der durch die Technik bewirkten räumlichen und geistigen Annäherung der Völker aufs innigste verknüpft und kann deshalb mit der Zeit nur gewinnen. Es bedarf einiger Einsicht und Geduld, um sich nicht durch den Kampf der Ideen verwirren zu lassen.

Um die Aenderung der Weimarer Verfassung.

Kommunistischer Protest gegen Löbe.

vdz. Berlin, am 28. Februar, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des kommunistischen Antrages zum

Schutze von Mutter und Kind.

Der bevölkerungspolitische Ausschuß empfiehlt, statt des kommunistischen Antrages die Annahme einer Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, die in dem Antrag enthaltenen bevölkerungspolitischen Forderungen (Kinderbeihilfen usw.) auf ihre gesetzgeberische, verwaltungstechnische und finanzielle Durchführbarkeit zu prüfen und entsprechende Gesetzentwürfe vorzubereiten.

Abg. Ößlein (Komm.) verlangt die sofortige Annahme der kommunistischen Forderungen.

Abg. Frau Lehmann (Dnat.) erklärt, der Bund der Kinderreichen lehne es ab, sich mit den Forderungen der Kommunisten zu identifizieren.

Abg. Frau Hertwig-Bünger (Deutsche Volkspartei) bezeichnet die kommunistischen Anträge als eine ungeeignete Grundlage für eine sachliche Beratung über den durchaus notwendigen größeren Schutz der kinderreichen Familien.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) wendet sich gleichfalls gegen die Art des kommunistischen Vorgehens. Dadurch werde nur die Erfüllung an sich berechtigter Forderungen erschwert.

Abg. Frau Juchacz (Soz.) meint, die Regierung sollte den Wünschen des Ausschusses möglichst bald nachkommen.

Abg. Joos (Zentr.) schließt sich dem Bedauern über das Vorgehen der Kommunisten an. Der Schutz von Mutter und Kind und die Fürsorge für die kinderreichen Familien müßten freilich ausgebaut werden, aber ohne Ausschaltung der privaten und der kirchlichen Charitas-Bestrebungen. Die Regierung sollte mehr Initiative zeigen.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, die Ausschußentschließung einstimmig angenommen.

Zur Beratung kommt dann der

Bericht des Verkehrs-Ausschusses über Eisenbahntariffragen.

Der Ausschuß legt eine Entschließung vor, in der Frachtvergünstigungen für bäuerliche Siedler beim Umzug empfohlen werden.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.) wiederholt den vom Ausschuß für erledigt erklärten Antrag auf Beseitigung der Gleichtarifierung von Getreide und Mehl und beantragt die Zurückverweisung an den Verkehrsausschuß, damit süddeutsche Sachverständige gehört werden.

Die Ausschuß-Entschließung wird angenommen; der Antrag Dr. Horlacher dem Verkehrsausschuß zurücküberwiesen. Er soll außerdem auch den volkswirtschaftlichen Ausschuß beschäftigen.

Es folgt die erste Beratung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten

Gesetzentwurfs zur Aenderung der Artikel 54 und 85 der Reichsverfassung.

Danach soll Zweidrittelmehrheit des Reichstags erforderlich sein, um der Regierung oder einem Minister das Vertrauen zu entziehen. Die einfache Mehrheit soll nur genügen in Verbindung mit der Schlußabstimmung über den Etat. Ueber dieser Aenderung des Artikel 54 will der Entwurf den Artikel 85 dahin ändern, daß der Reichstag Ausgaben über den Etats-Entwurf hinaus nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats bewilligen kann. Wenn im Laufe eines Vierteljahres die Steuereingänge den Voranschlag um 10 Prozent übersteigen, soll der Ueberschuß zur Verminderung des Anleihebedarfs, zur Schuldentilgung und im nächsten Etat zur Steuersenkung verwandt werden. Diese Grundsätze sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden angewandt werden.

Abg. Dr. Zapf (Deutsche Volkspartei)

begründet den Entwurf mit einem Hinweis auf die große Steigerung der Ausgaben in der letzten Zeit und auf die häufige Wiederholung und die lange Dauer der Regierungskrisen. Nach der Weimarer Verfassung ruht heute die Souveränität beim Volke und sie wird ausgeübt vom Reichstag. Ich frage: Ist dieser Souverän heute in Deutschland populär? (Lebh. Rufe: „Nein!") Das liegt zum Teil an dem Druck des Versailler Vertrages, unter dem ein zufriedenes Volk nicht möglich ist. Die Schuld liegt auch im System, vor allem im Wahlsystem, das bestimmten Interessentengruppen einen bedeutenden Einfluß in allen Fraktionen einräumt. Die Folge sind die übermäßig vielen Anträge, die Mehrausgaben erfordern. Wir haben in diesem Augenblick auf die Forderung einer Wahlreform verzichtet, aber wir wollen in unserem Entwurf auf andere Weise den Wettbewerb der Parteien um die Gunst bestimmter Bevölkerungsgruppen erschweren. Wenn wir damit der Regierung eine größere Verantwortung auferlegen, so müssen wir ihr auch eine größere Sicherung gegen den Sturz durch eine Zufallsmehrheit geben. Wir folgen dabei dem Beispiel der alten Demokratien in England und der Schweiz. Die Nachahmung des amerikanischen Beispiels mit seiner großen Machtstellung für den Präsidenten empfiehlt sich für Deutschland nicht. Gerade die weniger stark hervortretende Stellung hat es den beiden Präsidenten der Deutschen Republik ermöglicht, sich die Achtung der ganzen Bevölkerung Deutschlands zu erwerben.

Deutschland bedarf mehr als ein anderes Land stabiler Regierungsverhältnisse, weil es mehr als ein anderes Land bedroht ist.

Den Dementis der französischen und der belgischen Regierung werden wir erst glauben, wenn die Verträge und die Verabredungen der beiden Generalstäbe im Wortlaut veröffentlicht werden.

Für Deutschland wäre auch der Uebergang zur Diktatur ein gefährlicher Sprung ins Dunkle, zumal er nur durch blutigen Bürgerkrieg möglich wäre. Der Entwurf der Volkspartei will die bisherigen Fehler des Systems ausmerzen, um dieses System gesünder und dauerhafter zu gestalten.

Abg. Torgler (Komm.)

beantragt nun, um 4½ Uhr, den Abbruch der Beratung. Er beruft sich dabei darauf, daß Präsident Löbe für Donnerstags kurze Sitzungen zugesagt habe.

Präsident Löbe:

Wie immer waren die Ausführungen des Abg. Torgler auch diesmal unrichtig.

Bei diesen Worten entsteht großer Lärm bei den Kommunisten. Die kommunistischen Abgeordneten Stoecker und Torgler rufen: „Das ist eine Unverschämtheit, das ist unerhört!"

Präsident Löbe fordert die Abgeordneten Torgler und Stoecker auf, den Saal zu verlassen.

Abg. Stoecker fügt sich nach kurzem Zögern dieser Aufforderung mit den Worten: „Nur, um Ihnen nicht noch mehr Gelegenheiten zu verschaffen!" Mit ihm verlassen die übrigen Kommunisten den Saal. Einer ruft am Saalausgang zurück: „Sie ebnen der Diktatur den Weg!"

Präsident Löbe erklärt, die kurzen Sitzungen hätten auch bisher immer bis 5 Uhr gedauert.

Abg. Schultz-Bromberg (Dnat.) beantragt Abbruch der Sitzung. — Der Antrag wird abgelehnt.

In der Aussprache über den volksparteilichen Entwurf erkennt Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) die Reformbedürftigkeit des jetzigen Systems an, bestreitet aber, daß der Antrag der Volkspartei das richtige Mittel für eine Reform sei. Der Wortlaut der Weimarer Verfassung sei nicht die Ursache der schweren Mängel des Systems, sondern das mangelnde Verantwortungsbewußtsein der Fraktionen. (Abg. Dr. Zapf (DVp.): Ihre Fraktion hat sich stets der Verantwortung entzogen!) Wir sind niemals ernsthaft aufgefordert worden, in die Regierung einzutreten. Sobald das geschieht, sind wir da. Wir drücken uns nicht vor der Verantwortung. Der Redner schließt mit der Erklärung, das jetzige System sei rettungslos festgefahren. Nur durch Selbstbesinnung des Reichstags könne Besserung erzielt werden.

Um 5¼ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht außerdem der Schutz der älteren Angestellten.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages

beschäftigte sich mit einer Petition, worin Einspruch gegen die Erhebung von Sondergebühren für Einschreibebriefe zu gewissen Stunden erhoben wird. Ein Vertreter des Postministeriums gab die Erklärung ab, daß die Angelegenheit inzwischen durch eine besondere Verfügung erledigt worden sei, aufgrund deren solche Sondergebühren nicht mehr erhoben werden sollten.

SLUB Wir führen Wissen.